№ 22. 1850.

Lausitzer Zeitung
für
Tagesgeschichte und Unterhaltung
nebst
Görlitzer Nachrichten.

Vierteljähriger Abonnements-Preis: für Görlitz 12 sgr. 6 pf., innerhalb des ganzen Preußischen Staats incl. Porto-Aufschlag 15 sgr. 9 pf.

Erscheint wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühren für den Raum einer Petit-Zeile 6 pf.

Redaction: G. E. Ziegler. Görlitz, Dinstag den 19. Februar 1850. Verlag von G. Heinze & Comp.

Deutschland.

Frankfurt a. M., 14. Febr. Heute ward die Commission zur Prüfung in Betreff des Anschlusses der Stadt Frankfurt an das Dreikönigsbündniß gewählt. Dieselbe besteht aus vier Anhängern und drei Gegnern.

Preußen. Berlin, 12. Febr. Der franz. Gesandte, Hr. v. Persigny, ist jetzt einer der fleißigsten Besucher der diplomatischen Gesellschaftszirkel, in welchen das leichte und gewandte Auftreten des eleganten Franzosen, namentlich auch bei der Damenwelt, großen Anklang findet. Scharfsichtige Beobachter versichern jedoch, daß der Repräsentant Ludwig Napoleon's auf dem schlüpfrigen Salonboden sehr ernste Bestrebungen verfolge und namentlich einem engen Bündnisse zwischen Preußen und Frankreich eifrig das Wort rede. (A. Z.-C.)

Berlin, 13. Februar. Den nordischen Cabinetten sollen in der jüngsten Zeit aus Frankreich sehr beunruhigende Nachrichten über das Umsichgreifen der socialistischen Ideen zugegangen sein. Es soll darin gemeldet werden, daß nicht blos das Landvolk sich in bedenklicher Weise davon ergriffen zeige, sondern daß der Socialismus selbst in der franz. Armee schon tiefe Wurzel gefaßt habe. Wie wir hören, wären es vornehmlich diese Nachrichten, welche die Regierungen veranlaßten, sich in aller Stille zu rüsten, um jedem Ereigniß mit Kraft entgegentreten zu können. — Das Gerücht von neuen diesseitigen Absichten auf Neuenburg findet nunmehr auch in den hiesigen Blättern seine Bestätigung. Wir können aber auch die Angabe, daß Ludw. Napoleon sich ausdrücklich bereit erklärt habe, mit den beiden deutschen Großmächten in der Schweizer Angelegenheit Hand in Hand zu gehen, vollkommen bestätigen. Es handelt sich lediglich um die Art und Weise der Ausführung, falls nicht, was man zu erwarten immer entschiedener Grund hat, die Schweiz gutwillig nachgibt. (A. Z.-C.)

Berlin, 13. Febr. Dem Vernehmen nach hat die Regierung die Vorschläge des Verwaltungsrathes genehmigt, nach welchen der Erfurter Reichstag nunmehr entschieden am 20. März zusammentreten würde. (Die Einrichtungen für die beiden Parlamentshäuser (in 2 Erfurter Kirchen) sind schon so weit vorgerückt, daß ein Theil der Arbeiter hat entlassen werden können.)

Berlin, 14. Febr. In militärischen Kreisen herrscht fortwährend die bereits mehrfach berichtete Rührigkeit. Vom Lande erfährt man, daß schon jetzt daselbst Rekruten einberufen werden, was sonst gewöhnlich erst im späteren Frühjahr oder im Sommer zu geschehen pflegt. In der Bewaffnung des Preuß. Heeres sind abermals bei einzelnen Truppentheilen wesentliche Veränderungen vorgenommen, welche für die Folge allgemein und durchgreifend eintreten sollen.

Berlin, 15. Febr. Der Preuß. Staats-Anzeiger veröffentlicht heute das „Gesetz zum Schutze der persönlichen Freiheit“ (die revidirte sog. Habeas-Corpus-Acte), sowie das „Gesetz in Betreff der Stellung unter Polizeiaufsicht“.

Nach der Norddeutsch. Ztg. hat die Deutsche Allg. Z. zu Leipzig in ihrer Nr. 81 ein sehr remarkables längeres offenes Schreiben von Carl Vogt in Bern (dem Verfasser der zu Ende v. Jahres erschienenen „Aufgabe der Demokratie“) vom 3. Febr. an den Abg. Beseler in Berlin mitgetheilt.

Berlin, 16. Febr. Die II. Kammer setzte die Berathung der Gemeindeordnung fort und ging dann zu dem Berichte über diejenigen Theile des Gesetzentwurfes wegen Ablösung der Reallasten und Regulirung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse über, in Betreff welcher die I. Kammer den Beschlüssen der II. Kammer nicht beigetreten ist. Nur zwei Beschlüsse der I. Kammer werden nicht angenommen. §. 64 soll abweichend von dem Beschlusse der I. Kammer lauten: „Ausgeschlossen von den Bestimmungen der §§. 64 und 65 bleiben die Reallasten, welche Kirchen, Pfarreien, Küstereien und Schulen zustehen. Die Bestimmung über deren künftige Ablösung bleibt einem besonderen Gesetze vorenthalten; bis zu diesem Zeitpunkte werden die nach dem gegenwärtigen Gesetze ermittelten Geldraten direct an die gedachten Institute entrichtet.“ §. 84 soll lauten: „Uebersteigt der jährliche Geldbetrag der Verpflichtungen der Gutsherrschaft den jährlichen Geldbetrag der Verpflichtungen des Stellenbesitzers, so braucht der Gutsherr einen solchen Ueberschuß nicht zu vergüten. Der Stellenbesitzer muß sich vielmehr mit der Compensation (einer Vergleichssumme) der gegenwärtigen Berechtigungen und Verpflichtungen begnügen. Diese Compensation findet nicht statt, wenn der Besitzer einen Antheil an der Ernte hat. Es muß in diesem Falle vollständige Entschädigung gezahlt werden.“

Königsberg, 3. Febr. Dr. Löwe aus Calbe, letzter Präsident der Frankfurter Versammlung, hat unter dem 22. Jan. von Bern aus an Dr. Jacoby ein Schreiben gerichtet, worin er seine Freude über dessen Freisprechung ausdrückt und unter Anderem auch über die traurige Lage, in der sich die Flüchtlinge in der Schweiz befinden, ein sehr trübes Bild entwirft. Es sind gegenwärtig noch mehr als 2000 Flüchtlinge in der Schweiz. Seit Monat November haben die Unterstützungen aus Deutschland beinahe ganz aufgehört, und die Ausgewanderten sind daher auf die Unterstützungen angewiesen, welche ihnen der Bundesrath zu Theil werden läßt. Mit dem 1. April werden jedoch wahrscheinlich auch diese Unterstützungen aufhören, und die Unglücklichen befinden sich dann in um so traurigerer Lage, als es neuerdings verlautet, daß das Interim auf dem Wege der Diplomatie ihre Ausweisung aus der Schweiz und ihre Deportirung nach Amerika beantragen will. (Const. Z.)

Ratibor, 14. Febr. Nachdem Graf Oscar v. Reichenbach vor Kurzem, nach Cassirung des allhier gefällten freisprechenden Urtheils, von Neuem eingezogen worden, ist auch der hiesige Appellationsger.-Präs. v. Kirchmann wegen seiner Zustimmung zu jenem Urtheile seines Amtes enthoben worden.

Beuthen a. d. O., 11. Febr. Der im Wahlbezirke der vereinigten Kreise Freistadt-Grünberg zum Abgeordneten für das deutsche Volkshaus erwählte Prinz Adalbert v. Preußen hat die Wahl abgelehnt, da er durch seine Pflichten und Geschäfte als Chef der gesammten preußischen Artillerie, sowie als Präses des deutschen Flottenwesens, dieselbe anzunehmen verhindert sei. (Schl. Ztg.)

Bayern. München, 11. Febr. Alles weist darauf hin, daß bis zum nächsten Frühjahre bedeutende Rüstungen in unserer Armee vorgenommen werden. (Lpz. Z.)

Baden. Karlsruhe, 13. Febr. Durch Verordnung vom 12. wird der Kriegszustand und das Standrecht abermals auf weitere vier Wochen verlängert. (Dr. Z.)

Meklenburg. Schwerin, 13. Febr. Rücksichtlich der zwischen Preußen und den beiden Meklenburg abgeschlos-

senen Militärconvention erfahren wir aus der „Deutschen Wehrzeitung“ das Folgende: Die Mecklenburg-Schwerin'sche Division wird sich dem dritten Armeecorps, die Artillerie in Verbindung mit der dritten Artillerie-Brigade, anschließen. Wird das Armeecorps zu Corps-Uebungen zusammenberufen, so wohnt die Schwerin'sche Division denselben in Preußen bei. Dem Meklenburgischen Offizier-Corps und den Portd'epee-Fähndrichen ist der Besuch der Preußischen Militär-Bildungsanstalten gestattet. — Das Strelitz'sche Contingent wird gleichfalls dem dritten Armee-Corps, jedoch das Linien-Bataillon der sechsten Infanterie-Brigade und weiter demjenigen Regimente angeschlossen werden, welches gerade in Neu-Ruppin und Prenzlau garnisonirt. Das Landwehr-Bat. wird sich der 6. Landwehr-Brig., die Cavall.-Escadron als reitende Jäger-Escadron dem 2. Cürassier-Reg. (Pasewalk) und die halbe Fußbatterie der 2. Artill.-Brig. anschließen. Die Prüfung zum Portd'epee-Fähndrich und Sec.-Lieut. findet in Preußen, die Ernennung aber durch den Großherzog von Meklenburg-Strelitz statt. Die Strelitz'schen Offiziere treten in das Preußische Pensions-Reglement und die Zahlung erfolgt aus der Preußischen Pensions-Casse. (H. C.)

Oldenburg, 5. Febr. Der langerwartete Landtagsabschied für den allgemeinen Landtag ist heute veröffentlicht worden. Auf die überwiegend meisten Anträge sind zustimmende Bescheide erfolgt. Nur den in Betreff des vorgelegten Ablösungsgesetzes vom allgemeinen Landtage beschlossenen Abänderungen kann die Zustimmung der Regierung nicht ertheilt werden, und soll dem berufenen Landtage eine neue Vorlage gemacht werden. — Zugleich wird im heutigen Gesetzblatt eine Bekanntmachung veröffentlicht, welche den Beschluß des Verwaltungsrathes enthält, wonach die Abgeordneten zur Erfurter Versammlung nicht 4 Thlr., wie es in einer früheren Verordnung hieß, sondern nur 3 Thlr. Diäten erhalten sollen. (Wes.-Z.)

Freie Städte. Hamburg, 11. Febr. In der heutigen Versammlung des ehrbaren Sechziger-Collegiums entschied sich dasselbe mit 29 gegen 20 Stimmen dahin, einen ihm vom Collegium der Oberalten vorgelegten Verfassungs-Entwurf für unsere Vaterstadt der Annahme abseiten der Bürgerschaft zu empfehlen. (Die Stelle des jüngst verstorbenen Bürgermeister Bartels bleibt offen.) (B. N.)

Oesterreichische Länder.

Wien, 11. Febr. Abermals werden vom Kriegsministerium in Böhmen große Remontenankäufe veranstaltet, und zwar für Dragoner und leichte Cavallerie. Zu dem Zwecke sind zwei das Land durchziehende Remonte-Commissionen gebildet, welche im Februar und März an den wichtigsten Orten Böhmens Einkäufe machen werden. (Wd.)

Die österreichischen Bundescommissäre haben den Antrag ihrer Regierung auf Einberufung eines Zoll- und Handels-Congresses nach Frankfurt bereits in dem Schoße der Bundescommission eingebracht. (Wd.)

Wien, 12. Febr. Die Capitäne der auswärts befindlichen österreichischen Handelsschiffe haben den Befehl erhalten, bis zur Ausgleichung des griechisch-britischen Zwistes nicht nach Hause zurückzukehren, sondern noch dort zu verweilen, wo sie sich gegenwärtig befinden. (L. N. B.)

Wien, 13. Febr. Die militärische Execution im Süden Dalmatiens hat ihre Aufgabe erfüllt; die rückständigen Steuern werden bezahlt, und so wird es sich nun bald zeigen, ob jener Zweck der einzig wahre und nicht blos ein äußerer war.

Triest, 9. Febr. Die wichtigste Neuigkeit ist, daß unsere Küstenbatterien wieder ausgerüstet werden sollen. (Wd.)

Frankreich.

Der in Nr. 21. S. 83. (unten) angedeutete Artikel in Betreff der franz. Zeitschrift „Napoleon“ lautet auszugsweise, wie folgt: „Wenn das Volk den Aposteln einer antisocialen Religion (d. h. einer die Gesetze und Ordnung der staatlichen Gesellschaft umstürzenden Lehre) durch die Wahl eine neue Weihe zu ertheilen gedenkt, so ist es deren Narr und wird ihr Opfer werden; wenn das Volk der Regierung damit eine Kriegs-Erklärung hinwerfen will, so ist es wahnwitzig, denn der Widerstand wird stärker sein, als der Angriff; vor Allem aber ist es ungerecht; denn was hat denn eigentlich diese Regierung gethan? welches ist ihr Verbrechen? Durch die verderbliche Gewohnheit, alles mit der Regierung in Verbindung zu bringen, macht man unaufhörlich das Staatsoberhaupt für das Uebel, das geschieht, und für das Gute, das nicht geschieht, verantwortlich. Man thäte dies mit Recht, wenn dasselbe eine unbedingte Freiheit im Handeln genösse. Allein wie kann ohne die Nationalversammlung der Präsident, dessen Einfluß nicht einmal soweit geht, daß er die Gesetzgebungsarbeiten beschleunigen könnte; der Präsident, dessen Vorschläge von der augenscheinlichsten Nützlichkeit häufig in den entgegengesetzten Reihen auf Hindernisse stoßen, etwas thun?

„Der Fortschritt ist unverträglich mit der Unordnung. Die Regierung, die man um ihre eigene sichere Stellung besorgt macht, die man in den Gedanken an ihre eigene Vertheidigung hineindrängt, hat weder die Zeit noch das Vermögen, die Leiden des Landes zu heilen und heilsame Reformen zu vollbringen. Sonderbarer Widerspruch! Dieselben Leute, die Louis Napoleon ernannten, haben in die Nationalversammlung seine erbittertsten Feinde geschickt. Nach dem 10. Dec., jener großartigen Kundgebung, wo 6 Millionen Menschen sich verabredet zu haben schienen, um zum Neffen des Kaisers zu sagen: „Retten Sie die Gesellschaft!“ hat man es sich zur Aufgabe gemacht, ihm die Mittel dazu zu nehmen. Seine Gewalt, moralisch so stark, war durch die Verfassung in die engsten Grenzen gebannt, und die Versammlung, wo zum Mindesten ein Drittel der Mitglieder von den feindseligen Interessen und Meinungen beseelt war, schien gegen ihn erwählt worden zu sein.“

Gegen den Schluß des Artikels sucht der Präsident seine Ansicht durch folgendes Bild deutlich zu machen: „Ein Schiff befindet sich auf offenem Meere, der Sturm erhebt sich, die verschworenen Elemente sind entfesselt, in Mitten des Unwetters ist der Capitän verschwunden. Die Mannschaft übergiebt den Oberbefehl einem Manne, von dem sie ihr Heil erwartet; allein zu gleicher Zeit verweigert sie ihm das Steuer, die Segel, die Taue, und behindert, da sie den strengen Dienstgehorsam zu leisten sich weigert, alle Bewegungen. Wenn das Schiff nicht in den Hafen gelangt, und unter der unaufhörlichen Drohung des Schiffbruchs hin und her schwankt, wessen Schuld ist dies dann? Die des Führers, der aller Mittel zum Handeln beraubt ist? oder die der Mannschaft, die gegen sich selbst verschworen ist? Dies ist das Bild des Volkes, das zu gleicher Zeit die Gewalt giebt und, ohne es zu wollen, deren Ausübung lähmt, Verbesserungen verlangt, die nur mit der Ruhe zu verwirklichen sind, und selbst die Werkzeuge der Unruhe schmiedet; ein neues Oberhaupt wählt, dessen Verantwortlichkeiten will, und es doch ohnmächtig macht. Dies ist die Gefahr, in die eine verlängerte Abirrung das Land mehr und mehr verstricken wird.“ (Lpz. Z.)

Paris, 3. Febr. Das Blatt: „Napoleon“ benutzt seine zweideutige Stellung, die es bald als Organ des Präsidenten, bald als Organ einer Privatperson erscheinen läßt, um der Schweiz nebenbei einige wohlfeile Complimente zu machen. Diejenige Andeutung über die Absichten der Regierung, welche am meisten Berücksichtigung verdient, ist jedoch ohne Zweifel in folgendem Artikel des „Napoleon“ enthalten: „Man hat viel von einer Mittheilung gesprochen, welche die Repräsentanten Oesterreichs und Preußens der französischen Regierung gemacht hätten, um sich über die Folgen des in der Schweiz den politischen Flüchtlingen bewilligten Schutzrechtes zu verständigen. Wir glauben, daß diese Mittheilung nicht die ganze Tragweite hat, die man ihr beilegen will. Die Nachbarmächte der Schweiz sind von dem sehr natürlichen Wunsche beseelt, zu verhindern, daß die Flüchtlinge unter Benutzung der Nachbarschaft ihre eigenen Staaten revolutioniren, und sie haben das unstreitbare Recht, Maßregeln zur Verhütung dieser Gefahr zu ergreifen. Allein Frankreich ist nicht geneigt, in irgend einem Falle die Rechte seines alten Verbündeten und die beide Nationen verbindende Freundschaft zu verkennen. Könnte überdies der Präsident der Republik die Gastfreundschaft vergessen, die er während so vieler Jahre in der Schweiz gefunden hat, so wie den Schutz, den ihm diese Macht gegen die ungerechten Anforderungen der Regierung Ludwig Philipp's gewährt hat?“ Dagegen sagt das bedeutendste Organ der legitimistischen Partei: „Die Intervention wird stattfinden; sie wird stattfinden ohne Frankreich. Wir werden die Oesterreicher zu Zürich, die Preußen zu Neufchatel und Freiburg sehen. Dies mußte so kommen. Die HH. Druey und Ochsenbein sind bei sich zu Hause ebenso ohnmächtig gegen die Revolution als die HH. Mamiani und Gioberti es zu Rom und zu Turin gewesen sind. Hr. Ludwig Napoleon Bonaparte, Präsident der franz. Republik, kann in der Schweiz sich nicht einmischen, noch auch verhindern, daß man daselbst sich einmische. Es liegt in den Ereignissen eine Logik, in den Umständen eine Macht, welcher man sich nicht entziehen kann.“ Die „Assemblee Nationale“, welche sehr fruchtbar in ihrer voraussichtlichen Politik ist, weiß sogar das Datum der Einmischung: „Wenn bis zum 10. März die Schweiz keine genügende Antwort auf die Noten Preußens und Oesterreichs ertheilt hat, so werden die vereinigten Armeen der beiden Mächte durch den Canton Grau-

bünden, durch das Thal des Tessin, durch das Großherzogthum Baden und vom Bodensee her in die Schweiz einrücken."

Paris, 9. Februar. Paris ist ruhig. Die öffentlichen Fonds steigen wieder, was von den einen der Thatkraft der Regierung bei den letzten Vorfällen in der Straße St. Martin, von den andern dagegen der Gewißheit zugeschrieben wird, daß auch der General Changarnier sich entschieden gegen jedes gewaltsame Unternehmen gegen die Nationalversammlung oder gegen die Verfassung erklärt hat. — Andererseits soll der General Cavaignac, wie von vielen und sehr glaubhaften Seiten her versichert wird, den Mittelpunkt einer Anzahl einflußreicher Männer, namentlich auch hoher Offiziere, bilden, die zur Aufrechthaltung der Verfassung unter allen Umständen entschlossen sind und in vertrauten Zusammenkünften über die geeigneten Maßregeln für den Fall unvorhergesehener Ereignisse Berathungen halten. — Die Nachrichten aus Lyon und den angrenzenden Departements sind in der That neuerdings wieder sehr beunruhigend, da die politische Bewegung von Paris durch das Umhauen der Freiheitsbäume wie ein Brand in die dortige ohnehin sehr entzündliche Bevölkerung gefallen ist. Die Behörden haben die strengsten Maßregeln ergriffen, allein man glaubt nicht, daß der 24. Februar ohne einen Aufstandsversuch vorübergehen wird. Auch sollen eine Menge durch ihre überspannten Meinungen bekannter Personen sich in der letzten Zeit nach Lyon begeben haben. — Man spricht viel und zuverläßig von einem Ministerwechsel, bei dem die Führer der parlamentarischen Mehrheit, namentlich der Graf Molé, und später auch Dufaure, wieder an's Ruder kommen sollen. Auch der Umstand, daß Lamartine gestern zum Präsidenten der Republik beschieden worden ist, bringt man mit der Umgestaltung des Ministeriums in Verbindung. (Lpz. Z.)

Paris, 10. Febr. Der „Moniteur" bringt heute das Zusammenberufungs-Schreiben für die Wahlcollegien in 16 Departements auf den 10. März zur Ernennung 31 neuer Volksvertreter, 30 als Ersatzmänner für die durch den Nationalgerichtshof verurtheilten Theilnehmer an den Ereignissen vom 13. Juni und einen als Ersatzmann für einen verstorbenen Volksvertreter. Diese Departements gehören fast alle dem Osten und Süden von Frankreich an und die Wahlbewegung wird also gerade dort vorzugsweise stattfinden, wo ohnehin, den neuesten Nachrichten zufolge, Alles unter der Asche glüht.

Ein Gerücht von der ernstesten Bedeutung ist seit gestern Abend verbreitet: es heißt, daß England nach Erledigung der griechischen Angelegenheit auch die Küsten von Neapel und Sicilien blokiren will. Die Regierung ist noch fortwährend mit dem Kaiser von Marocco in Unterhandlung, der sich sehr schwierig zeigt, die verlangte Sicherheitsstellung zu gewähren. (Lpz. Z.)

Paris, 12. Februar. Die Nationalversammlung gelangte heute zum zweiten Capitel des Unterrichtsgesetzes, die wichtige Einrichtung sogenannter academischer Räthe für jedes Departement betreffend, womit die Errichtung einer Academie in jedem der 86 Departements in Verbindung steht. Auch Montalembert ergriff heute als Mitglied des Ausschusses das Wort wieder für das Gesetz, um den Geist der neuen Einrichtung auseinander zu setzen. Er nennt dieselbe die Seele des ganzen Gesetzes, die entscheidendste Neuerung in demselben gegen alle früheren Gesetze über das Unterrichtswesen. Der Grundgedanke dabei sei gewesen, den Brennpunkt der ganzen Einwirkung des Staates auf den National-Unterricht in die Hauptorte der Departements zu verlegen. Der Redner verhehlt keineswegs, daß die neue Einrichtung auf dem Gebiete des Unterrichts die auf Frankreich lastende Centralisation bekämpfen solle, die in allen Zweigen des Staatslebens verderblich, besonders aber auf dem Gebiete des Unterrichts von tödtlichen Wirkungen begleitet sei. Er vergleicht treffend das in Frankreich herrschende Streben, alle hervorragenden Geister nach Paris zu ziehen, mit dem Spiel einer Luftpumpe, die ohne Aufhören alles geistige Leben aus den Provinzen von Frankreich aussauge. Der Redner läßt sich hier über den Verfall des Unterrichtswesens und besonders der classischen Studien in Frankreich in der neueren Zeit aus und belegt seine Behauptung mit amtlichen Angaben über die stets abnehmende Zahl wirklich unterrichteter Examinanden bei den Baccalaureats- (Abiturienten-) Prüfungen. Der Unterrichtsminister Parrieu bezeichnet die Vorwürfe Montalembert's gegen den Staatsunterricht als ungerecht, wobei die unglückliche Aeußerung, daß die Studien, was sie an Tiefe verloren haben, an „Oberfläche" gewonnen haben, allgemeine Heiterkeit erregt. Er erklärt sich dahin, daß er die Hinzufügung der Geschichte der lebenden Sprachen und der vielen Wissenschaften zu dem früher auf die alten Sprachen beschränkten Gymnasialunterrichte gemeint habe. Die Aufhebung der Centralisation, unter Einhaltung eines gewissen Maßes, meint der Minister, sei ebenfalls keine Erfindung des neuen Gesetzes, sondern von der Regierung und der Universität selbst schon länger angebahnt. Barthél. St. Hilaire vertheidigte den Staatsunterricht noch viel entschiedener gegen die Vorwürfe Montalembert's und bestritt geradezu die Thatsächlichkeit gewisser Behauptungen desselben in Betreff des Verfalls des Wissens in Frankreich. Was man mit dem neuen Unterrichtsgesetze wolle, sei nichts anderes, als die Aufopferung der menschlichen Vernunft, auf die seit 1789 die ganze neue Gesellschaft gegründet worden sei, zu Gunsten der Kirche, um zur Vergangenheit zurückzukehren, und keineswegs eine Vereinbarung, wie auch die Vorbehalte des Bischofs von Langres und des ganzen katholischen Clerus bewiesen, der sich blos fügen wolle, wenn das neue Gesetz ihm behage, und in Allem demselben zum Trotze blos auf die Befehle seines „ausländischen Souveräns (d. i. des Papstes) hören werde. — Die Verhandlungen waren heute wieder von hohem Interesse und man erwartet, daß Thiers von Neuem auftreten werde, um den von ihm geltend gemachten Standpunkt des Gesetzes nochmals hervorzuheben und gegen die Wirkung der heutigen Debatte zu sichern.

Es heißt, die Regierung werde wegen des drohenden Zustandes der Provinzen eine außerordentliche Maßregel ergreifen. Die 17 Militärdivisionen, aus denen Frankreich besteht, sollen in 5 große Bezirke eingetheilt werden, an deren Spitze Generale mit dem Titel Generalinspectoren oder Obercommandanten gestellt werden sollen, um im Falle eines Aufstandes sofort mit der ganzen unter ihren Befehlen stehenden Truppenmasse zu handeln. — Die Nachrichten aus Lyon lassen noch immer einen großartigen Ausbruch daselbst erwarten. — Auch das Elsaß flößt der Regierung ernste Befürchtungen ein. Sie hat es für nöthig gehalten, auch nach Straßburg, wie nach Lyon, in der Person des Herrn Romieu einen außerordentlichen Commissär zu ernennen, der sofort abreisen soll. — Auch ist wieder von einem nächstens zu erwartenden Manifest (Botschaft) des Präsidenten der Republik die Rede, in der die beiden Parteien der Bourbonisten (Anhänger Henri V.) und der Orleanisten (Anhänger der Söhne Ludw. Philipp's) angegriffen werden sollen.

Die bevorstehenden Ersatzwahlen fangen an, die politische Welt lebhaft zu beschäftigen. Obgleich Niemand die Wichtigkeit derselben verkennt, da es sich um eine Hauptschlacht mit dem Socialismus handelt (30 Vertreter desselben sind bekanntlich zu ersetzen), so scheint dennoch zwischen den Spaltungen der conservativen Partei keine völlige Eintracht zu herrschen. — Der Polizeipräfect Carlier hat an seine Agenten ein Rundschreiben erlassen, worin er sie an ihre Pflichten bei der Ueberwachung der vorbereitenden Wahlversammlungen erinnert, sie aber auch ferner auffordert, zur Aufklärung des Volkes über den Socialismus und seine Verkündiger beizutragen. — Der schweizerische Geschäftsträger hat gestern eine lange Conferenz mit dem Minister des Aeußeren, de la Hitte, gehabt. Es wird versichert, daß die Schweizer-Angelegenheit keineswegs mit der Ausweisung der Flüchtlinge beigelegt sein wird, sondern daß Preußen und Oesterreich die Wiederherstellung der alten Cantonal-Souveränität und die Rückgabe des Fürstenthums Neufchatel oder wenigstens eine Entschädigung für letzteres an Preußen verlangen werden. (Lpz. Z.)

Paris, 14. Febr. Die Commission über den Finanzentwurf berichtete über einen Ausfall von 20 Millionen Francs (etwa 5 Mill. Thlr.).

Italien.

Rom, 31. Jan. Nachdem die Franzosen sich mit Gewalt der von dem Cardinal-Collegium verweigerten vormaligen Inquisitionsgebäude bemächtigt hatten, um dort Casernen einzurichten, haben sie gestern auch von dem ganzen Castell S. Angelo, dessen äußere Forts allein bis jetzt von ihnen besetzt waren, förml. Besitz genommen und der franz. command. General gedenkt dasselbe mit den Küstenwachtthürmen zu thun. Alle zum Abmarsch beorderten Regimenter haben Gegenbefehl erhalten. (C. Z.)

Griechenland.

Paris, 14. Febr. Man versichert, Adm. Parker habe auf der Insel Sapienza *) Truppen ausgeschifft, welche daselbst Befestigungswerke anlegen. Dies wäre eine neue Verwickelung der griechischen Frage.

*) Insel im Südwesten von Morea, vor Modon (Methone) gelegen und mit einem vortrefflichen Hafen versehen.

Dänemark.

Kopenhagen, 6. Febr. Auf die kürzlich eingelaufene Note Lord Palmerston's soll jetzt — einem im Avissalon angeschlagenen Bulletin zufolge — eine im Ministerium des Auswärtigen abgefaßte Antwort erfolgt sein. Es heißt, unsere Regierung sei nicht unbedingt auf die Vorschläge in Betreff der Verlängerung des Waffenstillstandes eingegangen, und Flyveposten glaubt versichern zu dürfen, daß die von der Regierung gestellten Bedingungen sich auf die Dauer der Verlängerung und auf die Forderung einer Garantie für die vollständige Ausführung des Waffenstillstandes beziehen. (L. A. Z.)

Berlin, 7. Febr. Gestern ist eine sehr kräftige Note nach Kopenhagen abgegangen; sie betrifft die auffallende Stelle der dänischen Thronrede. Diese Stelle, welche zu einer Art Protest Veranlassung gegeben, lautet also: „Noch ist der Krieg nicht zu Ende, sondern nur gehemmt; doch hoffe ich, daß die begonnenen Unterhandlungen zum erwünschten Ziele führen werden, wenn nur nicht irregeleitete Unterthanen bei einer größeren Macht Unterstützung finden.“ (Lpz. Z.)

*. **Berlin**, 13. Febr. Es bestätigt sich, daß eine Verlängerung des **Waffenstillstandes** zwischen Preußen und Dänemark auf weitere sechs Monate nicht zum Abschlusse gekommen ist. Allgemein wird die Lage der dänischen Angelegenheit als sehr ungünstig für die Friedensaussichten angesehen. Die Note vom 6. Febr. an das dänische Cabinet soll dem Minister des Innern nicht entschieden genug gelautet haben. Es scheint sich eine entschiedene Wendung in der preußischen Politik Dänemark gegenüber vorzubereiten. (Lpz. Z.)

Nord-Amerika.

(Schluß des in voriger Nummer auf S. 84 abgebrochenen Artikels.)

Ueber das **Canal- und Eisenbahnwesen in Mittel-Amerika** äußert sich der Präsident in folgender Weise: „Mit den fünf Staaten Mittel-Amerika's, deren Wiedervereinigung nicht in Aussicht steht, sind einzelne Handels- und Freundschaftsverträge abgeschlossen worden, welche dem Senate vorgelegt werden sollen. Eine Gesellschaft amerikanischer Bürger hat mit dem Staate **Nicaragua** einen **Vertrag wegen Anlegung eines Canals** zwischen dem atlantischen und dem stillen Ocean abgeschlossen und in Folge dessen habe ich die Unterhandlung eines Vertrages mit Nicaragua verordnet, welcher beide Regierungen verpflichtet, die Unternehmer dieses Werkes zu beschützen. Alle anderen Nationen werden von Nicaragua eingeladen, diesem Vertrage beizutreten, und die Wohlthat, die allen von einer solchen Anordnung zu Gute kommen muß, wird der Schutz dieses großen interoceanischen Verbindungsweges (zwischen den atlantischen und stillen Meere) gegen jede Macht sein, welche versuchen sollte, ihn zu hindern oder seine Vortheile zu **monopolisiren** (zum Monopol, d. h. zum ausschließlichen Handelsvortheil zu machen). Alle Staaten, die dem Vertrage beitreten, werden das Recht der Durchfahrt gegen Zahlung der gleichen Zölle haben. Unter diesen Bürgschaften vollendet, wird das Werk ein Unterpfand des Friedens, anstatt ein Gegenstand des Streites zwischen den Völkern der Erde werden. — Eine Geldverwilligung aus dem Staatsschatze halte ich zu diesem Zwecke nicht für nothwendig; Privatthätigkeit wird unter gehörigem Schutze das Unternehmen zu Stande bringen, wenn es überhaupt ausführbar ist. Die Gesellschaft fordert nichts als den Schutz des Staates, und hegt man ernsthafte Zweifel über die Ausführbarkeit des Canals, so können diese Zweifel leicht durch eine Untersuchung der Route (Weglinie) gelöst werden. Sollte das Werk zu Stande kommen unter dem Schutze und zum Besten aller Nationen, so würde es weder gerecht noch zweckmäßig sein, irgend einer großen Seemacht die Beherrschung des Verbindungsweges zu überlassen. Das Gebiet müßte gegen alle Ansprüche einer fremden Macht gesichert und keiner Nation dürfte gestattet werden, eine Position (Punkt) zu besetzen, von wo aus sie einen solchen Heerweg aller Nationen beherrschen könnte. — Auch die **Straßen über den Isthmus** (Landenge) **von Tehuantepec und Panama** sind unserer ernsten Berücksichtigung würdig. Mein Amtsvorgänger bot eine bedeutende Summe für das Uebergangsrecht über den Isthmus von Tehuantepec, die mexicanische Regierung wollte dasselbe jedoch nicht verkaufen, wahrscheinlich weil sie schon mit Privatleuten wegen eines Straßenbaues vom Flusse Guasacualco nach Tehuantepec abgeschlossen hatte. Ich werde den Kaufantrag für ein Recht nicht erneuern, welches allen Nationen gegen Zahlung eines billigen Zolles an die Eigner des Weges gleichmäßig gesichert sein sollte. Diese Eigner werden sich zweifelsohne mit einer solchen Schadloshaltung und den Garantien der Seestaaten begnügen, welche durch besondere Verträge mit Mexico die Beschützung des Unternehmens sicherten. Mexico selbst wird schwerlich anstehen, eine Verbesserung, die für seine eigenen besten Interessen so bedeutsam ist, in der angegebenen Weise zu unterstützen.

Wir haben Grund zu hoffen, daß die in Vorschlag gebrachte Eisenbahn über die Landenge von Panama erfolgreich zu Stande kommen wird, nachdem der von meinem Vorgänger mit Neugranada abgeschlossene Vertrag vom 10. Juni 1848 die vollkommene Neutralität (polit. Unabhängigkeit) des Isthmus und das Besitz- und Hoheitsrecht Neugranada's über jenes Gebiet garantirt (gewährleistet) hat, damit während der Dauer des Vertrags „der freie Transit (unverzollbare Landweg) von Ocean zu Ocean nicht unterbrochen und gehemmt werde.“ Es gehört zu unserer Politik, jeden ausführbaren Landweg über die Landenge, sei es Eisenbahn oder Canal, welcher unseren Verkehr mit unseren Gebieten am stillen Ocean so wesentlich erleichtert, zu ermuthigen. — Die **Sandwich-Inseln** haben durch ihre Lage, durch die erfolgreichen Bestrebungen unserer Missionäre, durch ihre Fortschritte in der Civilisation und als ein Halteplatz für unsere Walfischfänger, ein ganz besonderes Interesse für uns. Wir wünschen, daß diese Inseln ihre Unabhängigkeit behaupten; wir könnten auf keinen Fall gleichgiltig bleiben, wenn sie unter die Botmäßigkeit einer anderen Macht geriethen. Die größeren Handelsstaaten haben dasselbe Interesse, und es steht zu hoffen, daß keiner von ihnen der vollen Unabhängigkeit der Sandwich-Inseln (im großen oder stillen Ocean) Hindernisse bereiten wird.

Die Botschaft empfahl und besprach noch einige Veränderungen im Schatzwesen, Errichtung eines landwirthschaftlichen Büro's und die allfällige Aufnahme **Californiens** und **Neumexico's** in die Reihe der Ver. Staaten. Der Präsident räth indeß, den aufregenden und viele Gemüther beunruhigenden Gegenstand ruhen zu lassen, bis er auf die Tagesordnung kommt, und wiederholt feierlich die Warnung der ersten und erlauchtesten Präsidenten: „keinen Anlaß zu geben, Parteien durch geographische Unterscheidungen zu bezeichnen.“ (Anspielung auf die Trennung der nördlichen von den südlichen Staaten in Betreff der Sclavenfrage.) In Californien empfiehlt der Präsident eine Münze zu errichten, die öffentlichen Ländereien abzumessen, den Mineralreichthum von Sachverständigen untersuchen zu lassen, und die erzhaltigen Ländereien in kleinen Parcellen (Stücken) an die Einwanderer zu verkaufen; ferner durch die Sachverständigen die verschiedenen Landwegsrichtungen (Routen) dahin untersuchen zu lassen, um Gewißheit zu erlangen, ob der Bau einer **Eisenbahn nach Californien** ausführbar und zweckdienlich, und ob er vom Staate zu vollführen oder der Privatindustrie zu überlassen sei. Der **ermäßigte Posttarif** hat sich ausreichend erwiesen, um die Kosten, mit Ausschluß der großen Dampfböte, zu decken; der Präsident empfiehlt daher, das Porto für den einfachen Brief, ohne Rücksichten auf die Entfernung, innerhalb sämmtlicher Vereinsstaaten auf 5 Cents (Hunderttheile des Dollars (1 Thlr. 13⅓ Sgr. herabzusetzen.)

Der Präsident schließt mit einigen allgemeinen Betrachtungen. Er habe keinen Einfluß auf die Gesetzgebung und die Beschlüsse des Congresses; das ihm zustehende Veto (Verweigerungsrecht) werde er nur in den äußersten Fällen anwenden, wie die Väter der Republik (die Senatoren oder I. Kammer Amerika's) es wollten, um Uebergriffe der gesetzgebenden Gewalt in die Sphäre (Kreis) der ausführenden Gesetzesmacht (Executive) zurückzuweisen, oder unbedachte und verfassungswidrige Gesetze zu verhindern. Die Verfassung könne nur aufrecht erhalten werden, wenn mit der gesetzgebenden zugleich die vollziehende und richterliche Gewalt, jede in ihrem Wirkungskreise, geschützt werden. Aber vor allen Dingen sollte **Anhänglichkeit** an die Unions- (Vereins-) Staaten im Herzen jedes Amerikaners gehegt werden. Während eines halben Jahrhunderts, in welchem Kaiser- und Königreiche gefallen sind, stand diese Union unerschütterlich. Die Patrioten, welche sie begründeten, sind längst in's Grab gestiegen; sie selbst aber steht noch, ihr stolzestes Denkmal, die Liebe und Verehrung Aller, die des amerikan. Namens würdig sind. Nach des Präs. Urtheil würde ihre Auflösung das größte Unheil sein, dessen Verhüten das Bemühen jedes Amerikaners sein sollte. An ihrer Erhaltung hängt unser Glück und das Glück unzähliger kommender Geschlechter. Was auch für Gefahren sie bedrohen mögen, ich werde zu ihr stehen und sie in ihrer Unversehrtheit vertheidigen, nach dem vollsten Maaße der Pflichten und der Macht, welche die Verfassung mir überträgt.“

Schnellpressendruck von G. Heinze & Comp.

Mit einem Beiblatt.

Beiblatt zur Lausitzer Zeitung № 22.

Görlitz, Dinstag den 19. Februar 1850.

Aus der Briefmappe.

* Liegnitz, 15. Februar. Am 12. Februar fand durch die hiesige Bürger-Ressource ein maskirter Aufzug von etwa 150 Personen statt, dem gegen 200 Zuschauer beiwohnten. Alles lief in Ruhe und Ordnung ab. Auch der Redacteur sowie Setzer und Drucker der „Silesia" betheiligten sich bei dem Aufzuge, der auch mehrere politische Masken in seinen Reihen aufzuweisen hatte. In den nächsten Tagen ward nun viel davon gesprochen, der Redacteur der „Silesia" habe eine hohe Person karrikiren wollen. Die Druckerei mußte Abends und bei Nacht durch Polizei bewacht werden und erhielt zuletzt auch militärischen Schutz.

Osnabrück, 16. Jan. Das Osnabrücker Tageblatt bringt einen characteristischen Beitrag zur Geschichte unserer jetzigen Zustände, nämlich einen Bericht über eine in dem Orte Dissen im Amte Iburg im vorigen Jahre vorgenommene Menschenauction. Die Gemeindevorsteher in Dissen haben nämlich alles Ernstes eine Publication über das Ereigniß ergehen lassen, welche wörlich folgendermaßen lautet:

Publicandum. Es müssen folgende alte und junge Personen von den Vorstehers Mindesfordern auf Gemeinde Kosten untergebragt werden: (Hier folgt unter Nr. 1 – 8. das Verzeichniß der loszuschlagenden Personen.) Die Vorstehers lassen freuntlich bitten, die solche Personen wünschen zu haben, sich künftigen Sonntag den 8. Jul. nach Mittag 4 Uhr bey Vorsteher Kortejohann einzufinden. Dissen den 1. Jul. 1849. Die Vorstehers. Ausgerufen den 1. Jul. 1849, dito den 8. Jul., jedesmal 3 gGr., Summa 6 gGr.

Am Tage der Dissener Kirchmeß, schreibt das Osnabrücker Volksblatt, wo jeder Verkäufer seine Waare ausschreit, wo vielleicht derselbe Ausrufer unmittelbar vorher der von allen Seiten herbeiströmenden Menge verkündet hat, daß am nächsten Markttage ein Viehhändler oder Roßkämmer vor dem Hause des Vorstehers Kortejohann „halten" werde und deshalb um „freundlichen" Zuspruch bitten lasse, am Tage Mariä Heimsuchung wagen die Vertreter eines evangelischen Kirchspiels öffentlich ausrufen zu lassen, daß Diejenigen, welche „alte" und „junge" Personen zu „haben" wünschen, im Hause des Vorstehers Kortejohann am heiligen Sabbat nach beendigtem Gottesdienste sich einfinden mögen! Seltsames Spiel des Schicksals! Die erste Handlung, welche die von der Bevormundung befreiten Gemeindevertreter vornehmen , ist eine — Menschenversteigerung. Die Auction ging wirklich und zwar im Schulgebäude vor sich, es fehlte nicht an Käufern und Schaulustigen, und unter den zu Versteigernden waren Kinder von wenigen und alte Frauen von 70 Jahren; jene schreien und wollen ihre bisherigen Pflegeältern nicht verlassen, die alten Personen sind schon zu abgestumpft, um ihre Stimmung kundzuthun. Die Versteigerung beginnt, ein Kind wird ausgeboten, aber das Schreien desselben bewegt die bisherige Pflegemutter, es trotz ihrer Armuth zu behalten. Es folgt eine alte 70jährige Frau, die von ihren leiblichen Kindern verlassen ist; ein armer Dienstmann erbietet sich, sie zu sich zunehmen. So soll es fortgehen, da hat die Entrüstung, welche mehrere Anwesende aussprechen, den Erfolg, daß die Gemeindevorsteher die Auction aufgeben und daß man sich privatim über die unglücklichen Gegenstände der Versteigerung einigt, sie finden ein Unterkommen. Der Berichterstatter des Volksbattes meldet, daß noch in diesem Monat (Januar) abermals eine Anzahl alter und junger Personen an den „Mindestfordernden" verkauft werden soll, setzt aber hinzu, daß es doch wol nicht dazu kommen werde. Mittlerweile singt die Dissener Jugend bereits auf den Straßen:

Und wer eine Altsche nöthig hat
Und wer einen Jungen kaufen will,
Der stell' sich auf der Schule ein,
Dort wird 'ne schöne Auswahl sein!

Lausitzer Nachrichten.

Verhandlungen der Stadtverordneten zu Görlitz in der öffentlichen Sitzung vom 15. Februar 1850.

Das Bürgerrecht erlangten: der Stadtgartenbesitzer Vogt, der Schuhmacher Kadelbach und der Handelsmann Cohn.

Einem in der Communal-Haide beim Fällen des Holzes verunglückten Arbeiter, Namens Oertel, wurden 4 Thlr. als Beihilfe bewilligt. — Dem Todtengräber Thomas wurde mit Rücksicht auf die durch klimatische Verhältnisse herbeigeführten Mehr-Arbeiten eine Gratification von 5 Thlr. zugestanden. — In Folge einer Petition der auswärtigen Nachtwächter, welche keine erwärmten Wachtlocale besitzen, wurde beschlossen, einem jeden dieser 10 Nachtwächter ausnahmsweise eine halbe Klafter Holz zuzugestehen, jedoch künftig alle derartige Gesuche entschieden abzuweisen, in Betracht, daß die Gehälter erst kürzlich ansehnlich verbessert worden sind. — Einer Anzahl vorgelegter Forst-Ablösungs-Recesse wurde genehmigend beigetreten; die Ansprüche wurden theils durch Capitalzahlung, theils durch Landabtretung befriedigt. — Die bei der Stadtarmen-Verwaltung im Jahre 1849 über den Etat ausgegebenen 1909 Thlr. 29 Sgr. 1 Pf. wurden nachbewilligt, und dabei neuerdings die traurige Ueberzeugung erlangt, daß die Unterstützungen bei möglichster Beschränkung auf wirklich Bedürftige alljährlich bedeutend größere Opfer erfordere. — Die beantragte Genehmigung zum Verkauf des Erbpachtvorwerks No. 1. in Troitschendorf an die Gräfin Solms wurde unbedenklich ertheilt. — Der Pachtzins für die wüste Stelle No. 565., wofür Herr Trillmich früher 6 Thlr. gezahlt, wurde auf 3 Thlr. ermäßigt, da ein Mehrbetrag nicht zu erzielen war. — Der Buchhändler Koblitz, welcher als Mitglied der Deputation zu Wahrnehmung der Kämmerei-Interessen erwählt worden war, hatte hiergegen demonstrirt; da indessen die von ihm angeführten Gründe nicht geeignet schienen, seine Weigerung zu rechtfertigen, so wurde in Ermangelung gesetzlicher Gründe der frühere Beschluß aufrecht erhalten, von der Ansicht ausgehend, daß es die Pflicht jedes Bürgers mit sich bringe, Communal-Aemter anzunehmen. — Ein wiederholter Antrag der Oekonomie-Deputation, 30 Morgen des Marsteiches dem Pachter Krausche in Penzighammer zur Cultur unter gewissen Bedingungen zu übergeben, hatte die früher von der Versammlung dagegen aufgestellten Bedenken so wenig genügend erledigt, daß noch mehrere Rückfragen vor Fassung eines Beschlusses als nöthig erachtet wurden. — Auf die Mittheilung des Magistrats, daß die Session vom Sonnabend, den 16. d. Mts., zur Einführung der neu erwählten 3 Stadträthe bestimmt worden, wurden als Mitglieder der Einführungs-Deputation dem Stadtverordneten-Vorsteher, Protocollführer und dessen Stellvertreter noch die Herren Stadtverordneten Teusler, Matthäus und Gock beigeordnet. — Schließlich übergab der Herr Baumeister Fischer der Versammlung ein von ihm gefertigtes Project zu einem Theater nebst Erläuterungsbericht, woraus erhellt, daß die Kosten den Betrag von 33,000 Thlr. nicht übersteigen würden. Auf die nächstdem abgegebene Erklärung des Herrn Stadtverordn. Kießler, daß er ebenfalls sich mit einem Theater-Project beschäftigt habe, wurde der Magistrat ersucht, beide Projecte der Theater-Deputation zur baldigsten Prüfung und Begutachtung vorzulegen, damit endlich einem so lange und schmerzlich gefühlten Bedürfnisse abgeholfen werden könne.

Görlitz, 16. Februar. Die durch das freiwillige Ausscheiden zweier Stadträthe und durch den Tod des Commerzienraths und Stadtraths Gevers erledigten Stellen im Magistrats-Collegio sind in den durch die Stadverordneten-Versammlung erwählten Herren Kaufmann Ad. Müller, Geh. Ober-Justiz-Rath Starcke und Apotheker Mitscher wieder besetzt worden. Durch eine Deputation der Herren Stadtverordneten wurden heute die gewählten und von der Königl. Regierung zu Liegnitz bestätigten, oben genannten drei Stadträthe in das Magistrats-Collegium feierlichst eingeführt und, nachdem zuvor Herr Geh. Ober-Justiz-Rath Starcke seinen Bürgereid geleistet, vom Herrn Ober-Bürgermeister Jochmann installirt. — Zugleich wurden die ausscheidenden Stadträthe, Herr Kaufmann Temmler sen. und Herr Kürschnermeister Thorer, aus dem Magistrats-Collegio entlassen und ihnen bei dieser Gelegenheit das Diplom als **Stadt-Aelteste** der Stadt Görlitz überreicht. —

Görlitz, 16. Februar. Unglücksfall. Heute Morgen gegen 11 Uhr ist in der Steingasse No. 29. hierselbst aus dem 3. Stockwerke ein Dienstmädchen, welches mit den Reinigen der Stubentücher beschäftigt war, muthmaßlich dadurch, daß ihr Körper, weil sie sich beim Ausschütteln der Tücher zu weit zum Fenster hinauslegte, vermöge seiner Schwere das Uebergewicht bekam, kopfüber in den Hof hinabgestürzt und besinnungslos aufgehoben, ins Krankenhaus geschafft worden. Das Mädchen ist, lebensgefährlich am Kopfe verletzt, heute Abend 8 Uhr an den Folgen dieser Verletzung verstorben. Die Unglückliche heißt Bertha Uhlig, ist 20 Jahr alt und Marklissa angehörig. Sie hat weder Vater, noch Mutter mehr; ein in die Fremde sich begebender Bruder hatte erst eine Stunde vor ihrem Unglück von ihr Abschied genommen.

Allerhand.

Herr Dupin. Als unlängst in einer Sitzung der französischen Kammer die linke Seite den furchtbarsten Lärm machte, rief der Präsident Dupin laut aus: Herr vergieb Ihnen, denn —; er unterbrach sich aber und sagte zu dem neben ihm sitzenden Secretär: „Ich darf den Satz nicht vollenden, denn die wissen wahrhaftig, was sie thun.“ (L'Indép.)

Herr Thiers. Nach der Sitzung der gesetzgebenden Versammlung, in welcher der ehemalige Minister Thiers durch seine glänzende Rede am meisten dazu beigetragen hatte, daß das von der Commission ausgearbeitete und von der Regierung gebilligte Unterrichtsgesetz angenommen wurde, hatte sich der größte Theil der Rechten zu ihm begeben, um ihm die Glückwünsche über seinen Erfolg darzubringen. Das ganze Stadtviertel, in dem Herr Thiers wohnt, kam dadurch in Aufregung, so groß war die Zahl der Besucher. Beim Weggehen erzählten sich die Gäste von der Einfalt, die ein sonst gewandtes Kammermitglied bei dieser Gelegenheit angebracht hatte. Dasselbe hatte seinen Glückwunsch für den Abgeordneten von Rouen mit der rührenden Herzensergießung geschlossen: „Wenn ich an Ihrer Stelle wäre und einen solchen Triumph davon getragen hätte, ich würde nie in meinem Leben mehr den Mund öffnen.“ (L'Indép.)

Bekanntmachungen.

Brot- und Semmel-Taxe vom 1. Februar 1850.

1. Brottaxe der zünftigen Bäckermeister, das 5 Sgr.-Brot
   erste Sorte 9 ℔, à ℔ — 7 Pf.
   zweite Sorte 10 ℔ 12 Lth., à ℔ — 6 Pf.
   Semmeltaxe derselben, für 1 Sgr. — 15½ Lth.
2. Brottaxe des zünftigen Bäckermeister Beier, No. 97., das 5 Sgr.-Brot erste Sorte 9 ℔, à ℔ — 7 Pf.
   zweite Sorte 9 ℔ 24 Lth., à ℔ — 6 Pf.
   Semmeltaxe desselben, für 1 Sgr. — 15 Lth.
3. Brottaxe des Bäckermeister Roder, No. 257.,
   das 5 Sgr.-Brot 8 ℔ 20 Lth., das ℔ — 7 Pf.
   Semmeltaxe desselben, für 1 Sgr. — 17 Lth.
4. Brottaxe des Bäckermeister Becker, No. 425.,
   das 5 Sgr.-Brot 9 ℔, à ℔ — 7 Pf.
   Semmeltaxe desselben, für 1 Sgr. — 15½ Lth.
5. Brottaxe des Bäckermeister Förster, No. 511.,
   das 5 Sgr.-Brot 9 ℔ 12 Lth., à ℔ — 6 Pf.
   Semmeltaxe desselben, für 1 Sgr. — 18 Lth.

Görlitz, den 16. Februar 1850.

[135] Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

---

[139] **Bekanntmachung.**

Nachstehender Erlaß:

Diejenigen Reserven- und Wehrmänner des 1. Aufgebots, welche glauben invalide zu sein, stellen sich mit den Recruten ihrer Commune vor die Kreis-Ersatz-Commission, haben sich aber vorher und spätestens

bis zum 24. dies. Monats

zur Aufnahme in eine besondere Liste, entweder persönlich oder schriftlich bei ihrem Bezirks-Feldwebel zu melden.

Die Communal-Behörden haben dies den Betheiligten mitzutheilen.

Görlitz, den 12. Februar 1850.

Königlicher Landrath.

wird hierdurch zur Kenntniß des Publikums gebracht.

Görlitz, den 16. Februar 1850.

Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

---

[138] Eine goldene Herrenuhr nebst Panzerkette ist am 13. d. Mts. verloren worden. Der Verlierer, welcher dem Finder zehn Thaler Prämie zugesichert hat, ist bei uns zu erfahren.

Görlitz, den 14. Februar 1850.

Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

---

[128] **Bekanntmachung.**

Daß die Spritze Nr. I. in's Spritzenhaus am Frauenthore und die Spritze Nr. VII. von da nach dem Spritzenhause im Kloster versetzt worden ist, wird bekannt gemacht. Görlitz, den 11. Febr. 1850.

Der Magistrat. Polizei-Verwaltung.

---

[136] **Am 18. Februar.**

Ertöne Gesang heut' dem Edlen zu Ehren,
Der liebend sich freudig der Menschheit geweiht;
Dem, den wir als Kämpfer für Wahrheit verehren,
Dem Leitstern in jener umnachteten Zeit.
An **Luther**, den Gott'smann, der Licht uns gebracht,
Werd' heute mit Dank und Erhebung gedacht.

Schon sind der Jahrhunderte dreie verflossen,
Als aufschwang sein Geist sich zur ewigen Freud';
Zwar hat er die Augen auf immer geschlossen,
Doch nicht auch sein Werk, dies verbess're die Zeit.
Was göttlich daran, das wird zwar besteh'n,
Was menschlich hingegen, das muß noch vergeh'n.

Es richte uns auf im Gewande vom Staube
Auf schwankender, dunkler und irriger Bahn,
Gleich ihm stets ein fester und sicherer Glaube,
Sein Streben beseele die Menschen fortan.
Erwache, o Luther, zu helfen auch heut',
Zu stählen die Geister im heiligen Streit.

Theophil.

Der erwartete Transport ächt russ. fließ. Caviar, so wie Hamb. Caviar und geräuch. Rhein-Lachs trafen ein und offerirt billigst die Delicatessen- und Wein-Handlung

von **A. F. Herden,**

[137] Obermarkt No. 24.

Literarische Anzeigen.

Bei **G. Heinze & Comp.**, Oberlangengasse No. 185., ist zu haben:

Neuestes vollständiges

Wörterbuch

der Englischen und Deutschen Sprache.

Zum Gebrauch für alle Stände.

Von **Wm. Odell Elwell.**

2 Bände. 54 Bogen 8. Schreibpapier. geh. Preis 1½ Thlr.

Dieses neueste lexikalische Werk über beide Sprachen hat sich bereits einer großen Anzahl der günstigsten und empfehlendsten Beurtheilungen zu erfreuen, die dem Verleger aus Deutschland, England und Amerika zugingen, und welche jetzt, bei vollständiger Ausgabe des Werkes, demselben angedruckt sind, so weit der Raum dies gestattete. Diese Kritiken werden dem Publikum für die Tüchtigkeit des Werkes eine ausreichende Gewähr sein.

Es sind von diesem neuesten und vollständigsten Wörterbuche der Englischen und Deutschen Sprache zwei Ausgaben veranstaltet — die eine mit Aussprachebezeichnung beider Theile, nach Webster und Heinsius, die andere, im Englisch-Deutschen Theile nur mit Angabe des Betonungs-Accents; diese ist besonders für den Gebrauch in England, so wie für Jeden bestimmt, welcher in Bezug auf richtige Aussprache keines Führers mehr bedarf.

Der Verleger beschränkt sich darauf, folgende Eigenschaften des Werkes hervorzuheben, durch deren Vereinigung dasselbe den gegenwärtigen Ansprüchen der Schule, der Wissenschaft und der täglichen Praxis in vollem Maße entsprechen wird. Möglichste Vollständigkeit, mit Hinweglassung Alles Veralteten und wenig Gebräuchlichen — Aussprachebezeichnung und Angabe des richtigen Accents in beiden Theilen, erläutert durch einen Key, welcher jedem Theile vorgedruckt und seinem Hauptinhalte nach auf jeder Columne angebracht ist, und den praktischen Gebrauch außerordentlich erleichtert. — Aufnahme zahlreicher Amerikanischer Wörter und Redensarten, welche zur Unterscheidung mit schrägen Lettern gedruckt sind, (eine Bereicherung, welche allen ähnlichen Werken vollständig abgeht). — Angabe der Abweichungen unregelmäßiger Zeitwörter in beiden Theilen, so wie der richtigen Anwendung der Hülfszeitwörter; — Angabe der Beugungsformen der deutschen Hauptwörter im Genitiv und Nominativ Pluralis ꝛc. — Jedem Theile ist eine kurzgefaßte Grammatik und eine Anzahl gut gewählter Gespräche beigefügt, und im ersten Theile einige specielle Aufmerksamkeit dem Bedürfnisse der Auswanderer gewidmet, welchen die praktischen Notizen und der Amerikanische Zolltarif von Interesse sein werden. Der Druck auf schönem Papier, mit klaren nicht zu kleinen Typen und ein außerordentlich billiger Preis dürften auch in seiner äußern Erscheinung dieses treffliche Werk zu empfehlen geneigt sein, das in allen Buchhandlungen zu finden ist.

Braunschweig, Januar 1850. **George Westermann.**

Westentaschen-Liederbuch,

über hundert Lieder enthaltend.

Preis 2½ Sgr.

Schnellpressendruck von G. Heinze u. Comp.